

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

Delegation für die Beziehungen zu den Golfstaaten, einschließlich Jemen

**Reise des Vorstands der Delegation in den Jemen**

**Sanaa, Hajja  
22. – 26. Februar 2009**

***Bericht von Tobias Pflüger, Vorsitzender der Delegation***

---

Brüssel, 27. April 2009

Der Vorstand der Delegation für die Beziehungen zu den Golfstaaten, einschließlich Jemen weilte von Sonntag, 22. Februar, bis Mittwoch, 25. Februar 2009, in Sanaa. Der Delegation gehörten Tobias Pflüger, amtierender Vorsitzender, Călin Cătălin Chiriță und José Manuel García-Margallo y Marfil an.

Es handelte sich um das sechste interparlamentarische Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Jemen, die vorangegangene Reise hatte vom 20. bis 26. Mai 2006 stattgefunden.

Als das ärmste Land der arabischen Halbinsel mit seinen gegenüber den reichen Nachbarn sehr beschränkten Erdölvorkommen bemüht sich der Jemen trotz komplizierter politischer Bedingungen – die Einigung des Landes erfolgte erst 1990 – und eines überaus schweren Bürgerkrieges, den Weg der Demokratie zu beschreiten und Modernität und Stammesstrukturen miteinander zu vereinbaren.

Ungeachtet der kurzen Dauer des Besuchs führten die Mitglieder der Delegation eine Vielzahl von Gesprächen mit den unterschiedlichsten Partnern, Regierungsbehörden (Premierminister, Außenminister, Minister für Menschenrechte, Minister für internationale Zusammenarbeit), dem jemenitischen Parlament (Präsidenten beider Kammern, Vorsitzende der politischen Parteien, Mitglieder der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und öffentliche Freiheiten, Vertreter der verschiedenen Parteien, einzelne Mitglieder) und zahlreichen Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen, insbesondere zum Thema Menschenrechte und Frauenförderung. Der letzte Tag war einem Vor-Ort-Besuch in der Region Hajja vorbehalten, wo die Delegation ebenfalls Gespräche mit lokalen Behörden und Nichtregierungsorganisationen führte und Projekte besichtigte, die von der Kommission finanziell unterstützt werden.

Die Diskussionen drehten sich insgesamt um drei Themen:

- Festlegung des Datums für die Parlamentswahlen und allgemeiner politischer Rahmen
- Menschenrechte und Grundfreiheiten und Entwicklung der traditionellen Gesellschaft im Jemen
- wirtschaftliche und soziale Lage, Beziehungen zur Europäischen Union

### **1) Festlegung des Datums für die Parlamentswahlen und allgemeiner politischer Rahmen**

Schon bei den ersten offiziellen Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Repräsentantenhauses (Majlis al-Nuwaab), Herrn Yahya Ali Al-Ra'ai, sowie dem Vorsitzenden des Shoura Council, Dr. Abdul Aziz Abdul Ghani, fand sich die Delegation mit der aktuellen politischen Situation des Jemen, nämlich der Festlegung des Datums für die nächsten Parlamentswahlen, konfrontiert.

Laut Verfassung wären diese Wahlen für April 2009 vorzusehen, da die letzten Wahlen im Jahr 2003 stattgefunden haben und sich das Mandat über sechs Jahre erstreckt. Nach den Präsidentschaftswahlen, die Präsident Saleh im Amt bestätigten, und im Gefolge der von Emma Nicholson geleiteten Wahlbeobachtermission der Europäischen Union

bildete sich jedoch ein breiter Konsens (Mehrheit/Opposition) über die Notwendigkeit bestimmter Reformen des Wahlsystems heraus, die im Bericht der Wahlbeobachtermission benannt worden waren. Dabei handelt es sich um Vorschläge sowohl zur Verbesserung des Registrierungsverfahrens, der Beteiligung der Frauen am Wahlprozess und der Rolle der Medien als auch um die Einführung des Verhältnisstimmrechts. In den zwei Jahren nach den Präsidentschaftswahlen schlug sich jedoch keine der vorgeschlagenen Reformen in einem Gesetzentwurf nieder. Da der Inhalt der Reformen jedoch auf allgemeine Akzeptanz gestoßen war, machten sich die Zivilgesellschaft und die Opposition diesen Mangel „zunutze“, um eine Verschiebung der Parlamentswahlen zu fordern und dadurch die Vorlage, Annahme und das Inkrafttreten der Gesetze zur Umsetzung dieser Reformen zu ermöglichen.

Diese Reformen stützten sich zum großen Teil auf die Wahlbeobachtung durch die Europäische Union. Die Delegation des Europäischen Parlaments wie auch die Vertreter der Kommission in Sanaa wurden daher als Beteiligte an diesem Reformprozess, aber auch an der eventuellen Entscheidung über eine Verschiebung der Parlamentswahlen angesehen. Im Übrigen war zwei Wochen vor Ankunft der Delegation des Europäischen Parlaments auch eine Erkundungsmission zur Wahlbeobachtung in den Jemen gereist und hatte gleichfalls Gespräche mit den meisten Behörden des Landes geführt.

Bei dem Treffen, zu dem es im Repräsentantenhaus zwischen der Delegation und den Vorsitzenden der Parteien und Mitgliedern verschiedener Ausschüsse kam, drehten sich die Diskussionen hauptsächlich um diese Frage und um die Meinung der Delegationsmitglieder dazu. Die Position der Delegation war infolgedessen heikel. So war es ausgeschlossen, dass europäische Vertreter – auch indirekt – in eine streng interne politische Debatte eingreifen, die zudem Mehrheit und Opposition entzweit. Schwierig war aber auch eine klare Aussage für oder gegen eine Verschiebung der Wahlen. Einerseits hätte die Tatsache, dass die Reformen des Wahlsystems ihren Ursprung in einem Bericht der Wahlbeobachtermission zur Verbesserung der rechtsstaatlichen Bedingungen hatten, dazu verleiten können, eine Verschiebung der Parlamentswahlen zu unterstützen. Andererseits hätte die Befürwortung eines Aufschubs der Parlamentswahlen nicht um einige Wochen, sondern um ein bis zwei Jahre, wo doch die Wähler bei ihrer Stimmabgabe ein Mandat für sechs Jahre erteilt hatten, sehr negativ für den Rechtsstaat und die Achtung der Verfassung wahrgenommen und analysiert werden können, umso mehr in einem Land, in dem die Regierungspartei, der Allgemeine Volkskongress, mit 238 von 301 Sitzen eine breite absolute Mehrheit verkörpert. Die Opposition hatte bereits angekündigt, nicht an den Parlamentswahlen teilnehmen zu wollen, sollten diese zu dem ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt im April 2009 stattfinden. Es ist sicher, dass es in diesem Fall eine Verzerrung des Wahlergebnisses gegeben hätte und dass ein überaus negatives Bild des Jemen nach außen getragen worden wäre, dass es aber auch zu inneren Unruhen hätten führen können.

Genau zu dem Zeitpunkt, da unser Treffen mit den jemenitischen Parlamentariern stattfand, einigten sich die großen politischen Parteien darauf, die Parlamentswahlen um zwei Jahre zu verschieben, um insbesondere die Wahlreform durchführen zu können. Von den Mitgliedern des Repräsentantenhauses zu den Bedingungen dieser Einigung und ihren Auswirkungen befragt, bat die Delegation um Übermittlung des schriftlichen Textes dieses Abkommens und aller vorgesehenen Klauseln. Die Diskussionen wurden

während des vom jemenitischen Parlament veranstalteten Mittagessens fortgesetzt. Auch mit den Botschaftern der in Sanaa vertretenen Mitgliedstaaten, die über die von der Europäischen Union einzunehmende Haltung übriger gespaltener Meinung sind, wurde die Frage ausführlich erörtert.

Nach einer weiteren Aufforderung erklärte sich die Delegation schließlich bereit, sich zu dem Abkommen zu äußern, sobald ihr für eine solche Einschätzung etwas Schriftliches vorläge. Dies gab Anlass zu einer schriftlichen Erklärung des amtierenden Vorsitzenden der Delegation für die Beziehungen zu den Golfstaaten, einschließlich Jemen, die nach der Reise des Vorstands der Delegation veröffentlicht wurde. Dieser in der Anlage beigefügte Text stellt seitens der Delegation des Europäischen Parlaments keine Einmischung in die Innenpolitik des Landes dar, sondern ist die Antwort auf Fragen, die von den verschiedenen im Parlament vertretenen Parteien wiederholt gestellt wurden. Der Text beschränkt sich im Übrigen darauf, dieses Abkommen zur Kenntnis zu nehmen, das einen Ausweg aus der Krise ermöglicht, wenngleich die Verschiebung der Wahlen um zwei Jahre eine lange Zeit ist. Die Delegation hat gleichfalls zur Kenntnis genommen, dass die vorgesehene Wahlreform die hauptsächlichsten Vorschläge aus dem Bericht der EU-Wahlbeobachtermission zu den Präsidentschaftswahlen 2006 aufgegriffen hat und dass dadurch die notwendigen Wahl- und Verfassungsreformen möglich werden. Ferner ist zu vermerken, dass sich das jemenitische Parlament im „Gegenzug“ zu dieser Äußerung verpflichtet hat, die Europäische Union und besonders das Europäische Parlament regelmäßig über die Entwicklung des Reformprozesses zu informieren.

Diese Episode aus dem politischen Leben des Jemen führte den Mitgliedern der Delegation (aber auch den Vertretern der Kommission) den Zustand der aufkeimenden, aber doch in Bewegung befindlichen Demokratie in diesem Land vor Augen. Natürlich könnten die überwältigende Mehrheit, über die die Regierungspartei im Parlament verfügt, und auch das Ergebnis der letzten Präsidentschaftswahlen, bei denen Präsident Saleh 78 % der Stimmen erhalten hat, ein Grund sein, nicht von einem demokratischen Leben im Jemen zu sprechen. Dieser Kontext verdient allerdings eine genauere Analyse. Die Mehrheitspartei, der Allgemeine Volkskongress, stellt kein homogenes Ganzes dar, wie es die Einheitsparteien in anderen Ländern sind. Sie besteht aus Vertretern der verschiedenen Stämme, die Präsident Saleh unterstützen. Es wäre daher passender, von einer Mehrheitskoalition nach dem in anderen Ländern der arabischen Halbinsel entwickelten Modell zu sprechen. Im Übrigen gibt es eine parlamentarische Opposition, wenngleich sie auf wenige Sitze beschränkt und sehr diversifiziert ist – sei es nun die Sozialistische Partei oder die Islamistische Partei, die rund 15 % der Parlamentssitze hält und, wie die Diskussionen über den Zeitpunkt der Parlamentswahlen gezeigt haben, eine überaus aktive Opposition darstellt. Es muss jedoch auch hinzugefügt werden, dass die Zivilgesellschaft in der traditionellen jemenitischen Gesellschaft als ein nicht zu unterschätzender Reformfaktor wirkt, wie wir hinsichtlich der Rolle und der Rechte der Frauen später sehen werden.

Vor ihrer Abreise war die Delegation auf die wachsende Gefahr durch die im Jemen immer zahlreicheren Gruppen aus dem Einflussbereich von Al Qaida aufmerksam gemacht worden, wobei vor allem auf die einige Monate zuvor gegen die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika und einige europäische Gesellschaften verübten Attentate Bezug genommen wurde. Die meisten jemenitischen Gesprächspartner und

ausländischen Beobachter relativierten den Einfluss fundamentalistischer Bewegungen im Jemen jedoch. Sie begründeten ihren Standpunkt mit dem sehr traditionellen Charakter des Jemen, insbesondere was die Religion angehe, den man jedoch nicht mit dem Fundamentalismus und religiösen Extremismus der Al-Qaida-Anhänger verwechseln dürfe. Wenn tatsächlich anerkannt wurde, dass einige Stämme im Norden des Jemen, vor allem an der Grenze zu Saudi-Arabien, Elementen von Al Qaida Schutz gewährten, geschähe das eher aus einem Willen nach politischer Positionierung gegenüber der herrschenden Regierung heraus als aus wirklicher Unterstützung für die Sache der Fundamentalisten.

## **2) Menschenrechte, Grundfreiheiten und Entwicklung der traditionellen Gesellschaft im Jemen**

Diesen Aspekt der Situation im Jemen schilderten zahlreiche Reportagen der letzten Jahre am Beispiel von Zwangsehen minderjähriger Mädchen, von denen einige kaum zehn Jahre alt waren. Hierbei scheint es sich in der Tat um einen Teil des Hauptproblems zu handeln, dem die jemenitische Gesellschaft die Stirn bieten muss – nämlich der Stellung, der Rolle und den Rechten der Frauen.

Die Delegation hatte Gelegenheit, diese Fragen auf sehr konkreter Grundlage wie auch in zahlreichen Diskussionen mit Frauenrechtsvereinigungen zu untersuchen. Gleich am Tag nach ihrer Ankunft konnten die Mitglieder der Delegation an der Eröffnung des nationalen Programms für staatsbürgerliche Bildung teilnehmen, deren Ziel es ist, die Teilnahme der Frauen am gesamten Wahlprozess zu fördern. Dieses Programm wurde vom UNDP auf der Grundlage einer umfassenden Finanzierung der Europäischen Kommission organisiert. An dem Seminar nahmen mehr als fünfzig jemenitische Frauen teil, von denen die meisten nach jemenitischer Tradition streng verschleiert waren, sich aber sehr interessiert zeigten und sich aktiv beteiligten. Mit dieser Veranstaltung sollten die Studentinnen zur Teilnahme am politischen Leben ermutigt werden – nicht nur durch ihre Teilnahme an der Wahl, sondern vor allem auch dadurch, dass sie sich selbst als Kandidatinnen zur Wahl stellen. Die Mitglieder der Delegation ergriffen in diesem Seminar mehrere Male das Wort und konnten sich vom Engagement und der Entschlossenheit der jungen Studentinnen überzeugen, sich am politischen Leben des Landes zu beteiligen.

Bei ihrer Reise in die Provinz Hajja traf die Delegation auch mit mehreren Vertretern lokaler jemenitischer Frauenverbände zusammen, die Aktionen zugunsten der Frauen unterstützten, sei es das Recht der Ehefrauen, ihren selbstverdienten Lohn auch selbst zu nutzen, oder ihr Eingreifen bei der Verheiratung sehr junger Mädchen. Diese Vereinigungen erhalten im Übrigen die Unterstützung der lokalen Behörden. Bei einem Treffen mit einem Dutzend NRO, die in verschiedenen Bereichen der Menschenrechte tätig sind, bemerkten wir eine sehr offene bürgerschaftliche Debatte, die für die Entwicklung einer ansonsten sehr verschlossenen Gesellschaft kennzeichnend zu sein scheint. Der eher chaotische Charakter und die Lebhaftigkeit der Diskussionen zeugten von der Ausdrucksfähigkeit und dem Anhören auch nichttraditioneller Strömungen (die wie das Tugendkomitee, zugegebenermaßen, auch sehr aktiv sind).

Diese Veränderung konnte mit dem Inkrafttreten des jüngsten Gesetzes festgestellt werden, mit dem das Mindestheiratsalter für Frauen auf 17 Jahre festgelegt wurde. Zu diesem neuen Gesetz fand ein umfassender Meinungsaustausch sowohl mit den Parlamentariern als auch mit Dr. Huda Al-Ban, Minister für Menschenrechte, statt. Einige Parlamentarier hielten, obwohl sie das Gesetz verabschiedet hatten, das Mindestalter angesichts der Traditionen des Landes für zu hoch, während andere, darunter zahlreiche Frauen entgegengesetzter Meinung waren und eine Angleichung an die westlichen Gesetze, d. h. ein Alter von 18 Jahren, bevorzugt hätten. Mit Blick auf die im Land sehr häufige Verheiratung von Mädchen zwischen 10 und 14 Jahren mag diese Situation paradox erscheinen. Einige Gesprächspartner wollten das Problem auf die Praxis in den rückständigeren Regionen beschränken, andere gaben zu, dass diese Fälle jenseits der Tradition ihre Ursache oft in der Armut haben. Am meisten zitiert, aber von den Jemeniten auch sehr kritisiert waren die extremen Fälle, in denen saudi-arabische Männer in den Jemen reisen, um dort für ein Wochenende oder einen Monat junge Mädchen zu heiraten, die oft noch nicht einmal in der Pubertät sind. Hier ist zu vermerken, dass die angerufenen Gerichte diesen Fällen sehr früher Heiraten nicht immer passiv gegenüberstehen. Das allgemeine Funktionieren des Rechtssystems war nicht Gegenstand besonderer Kritik.

Die Delegation wurde mit einem etwas komplizierteren Beispiel von Menschenrechtsverletzung konfrontiert. Zwei Vertreter des „Yemen Observatory on Human Rights“, mit denen sich die Delegation traf, berichteten über eine in Sklaverei gehaltene Person, deren Freiheit eine jemenitische Familie „gekauft“ haben soll. Ein anderes Beispiel betraf einen Mann, der zusammen mit dem Land, auf dem er arbeitete, verkauft worden sein sollte. Es war der Delegation nicht möglich, diese Informationen zu überprüfen. Allerdings zeigten sich zahlreiche, in ihrer Meinung als unabhängig zu bezeichnende Personen, die zu diesem Thema befragt wurden, sehr skeptisch und erklärten, dass ihnen solche Praktiken völlig unbekannt seien.

Die Diskussionen mit dem Minister für Menschenrechte waren sehr interessant. Es zeigte sich, dass die jemenitische Regierung mehrere internationale Menschenrechtsabkommen unterzeichnet und zahlreiche Maßnahmen ergriffen hat, um die Rechte der Frauen in der Gesellschaft zu fördern und sie unter anderem zur Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes zu ermutigen. Einige Aspekte wurden allerdings nicht beleuchtet, so z. B. das Recht der Frauen, ohne Genehmigung ihres Ehemannes ins Ausland zu reisen. Die Fälle willkürlicher Verhaftungen und Folterungen in der Provinz Sadah konnten nicht untersucht werden, da dieser Landesteil wegen eines Aufstandes für Ausländer gesperrt ist.

### **3) Wirtschaftliche und soziale Situation, Außenbeziehungen und Beziehungen zur Europäischen Union**

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes verschärft, obwohl es dem internationalen Finanzsystem wenig ausgesetzt und sein Kapitalmarkt begrenzt ist. Die bereits durch die geringen und mittelfristig versiegenden Erdölvorräte beeinträchtigte Wirtschaft wurde durch den Preisverfall beim Erdöl in ihrem ohnehin schwachen Wachstum erschüttert. Es muss

ferner damit gerechnet werden, dass die Finanzkrise auch die internationale Hilfe, von der das Land teilweise abhängt, erfasst.

Die Begegnungen mit Premierminister Dr. Ali Ahmed Mujawer und dem Minister für Planung und internationale Zusammenarbeit Abdul Kareem Al-Arahabi trugen zum Verständnis der Maßnahmen bei, die getroffen werden müssten, um die wirtschaftliche Situation des Landes zu meistern. Die Parlamentarier und auch die internationale Gemeinschaft unterstützen diesen Ansatz der Regierung, der auf tiefgreifende Wirtschaftsreformen ausgerichtet ist, mit denen das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld modernisiert werden soll, um es für ausländische Investoren attraktiver zu machen und dadurch ein Wachstum zu unterstützen, das nicht mehr vom Erdölsektor abhängig ist.

Die zweite Zielrichtung der Maßnahmen der Regierung ist die Abschaffung der (sehr populären) Subventionen, durch die der Erdölpreis extrem niedrig gehalten werden konnte, wovon die Bevölkerung direkt profitierte. Diese Haushaltspolitik, die ihre Berechtigung hatte, als der Jemen einen erheblichen Teil seines Inlandsverbrauchs selbst produzierte, kostet heute mehr und mehr und liegt derzeit bei 30 % des Haushaltsvolumens – ein Luxus, den sich das Land nicht mehr leisten kann. Auch die Löhne im öffentlichen Sektor lasten schwer auf dem Haushalt. Ihre Absenkung dürfte sich allerdings als schwierig erweisen und könnte einen unerwünschten Effekt auf den Konsum bewirken und die ohnehin hohe Arbeitslosenquote (schätzungsweise 35 % der Erwerbsbevölkerung) weiter ansteigen lassen.

Der Jemen baut sehr auf die Hilfe einiger Geber (Europäische Union, USA, Japan, UNDP, Unicef, Weltbank, NRO), die heute jährlich 10 % des Bruttonationaleinkommens ausmacht.

Als ein traditionell von Landwirtschaft und Fischerei lebendes Land unterliegt der Jemen mit seiner begrenzten Industrialisierung allerdings auch dem Phänomen der Verödung der Landstriche und der Urbanisierung (31 % der Gesamtbevölkerung), die die Armut verschärfen.

Die sehr hohe Geburtenrate (42 Geburten je 100 Einwohner) und die daraus resultierende Altersstruktur (46 % der Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre, das Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt 17 Jahre) stellen ein zusätzliches Problem für die Zukunft des Landes dar.

Die Armut des Landes äußert sich auch in einem besonders für die Landbevölkerung unzureichenden Bildungsniveau und einem nur beschränkten Zugang zur medizinischen Versorgung.

Von dieser Situation erhielt die Delegation einen konkreten Eindruck, als sie bei ihrer Reise in die Region Hajja ein Projekt für die Gesundheitserziehung und medizinische Betreuung von Frauen und Kindern besuchte, das von der Kommission finanziert und von der Vereinigung „Ärzte ohne Grenzen“ durchgeführt wird. Im Gespräch mit dem Projektteam und der lokalen Bevölkerung erhielten die Mitglieder der Delegation einen Eindruck vom Auftreten chronischer Krankheiten (Malaria, Tuberkulose, oft tödliche Durchfallerkrankungen infolge des Genusses von verschmutztem Wasser), dem Mangel

an Medikamenten und dem Fehlen eines Verteilungsmechanismus, der extrem geringen Zahl an medizinischen Mitarbeitern und auch der Krankenhausversorgung außerhalb der Hauptstadt.

Das in der Bevölkerung unabhängig von der sozialen Klasse allgemein verbreitete Kauen von Kat (das nicht zu den Drogen gehört, sondern eher den Aufputzmitteln oder Amphetaminen zuzurechnen ist) erscheint als ein für die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes bezeichnendes Phänomen, wenngleich es für gewöhnlich als Nebensächlichkeit angesehen wird. Die Landwirte beziehen 50 % ihrer Einkünfte aus dem Katanbau, der jedoch 60 % der Bewässerungsmenge beansprucht. Der tägliche Konsum von Kat, der mit dem Übergang ins Erwachsenenalter beginnt, schöpft angesichts des besonders niedrigen Lebensniveaus einen erheblichen Anteil des Einkommens direkt ab (die Kosten liegen je nach Qualität zwischen 2 und 20 Euro pro Tag). Darüber hinaus bewirkt er auch eine wesentliche Verringerung der beruflichen Aktivität nach 14 Uhr und hat zunehmend negative Auswirkungen auf die Volksgesundheit. Der gewiss positive Aspekt des Katkonsums, den die Jemeniten betonen, ist seine mäßige und auf den sozialen Zusammenhalt gerichtete Wirkung.

Internationale Fragen und vor allem die internationalen Beziehungen wurden sowohl mit dem Premierminister als auch dem Außenminister Dr. Abo Baker al-Qirbi angesprochen. Eine aktuelle Frage ist die Bekämpfung der Piraterie im Golf von Aden. Der Jemen beteiligt sich aktiv an den koordinierten internationalen Strategien wie der Operation „Atalanta“.

In den unmittelbaren nachbarschaftlichen Beziehungen des Jemen zeigt sich, dass er trotz seiner partiellen Zugehörigkeit zum Golf-Kooperationsrat nicht die geographische Solidarität von dessen Mitgliedern genießt. Die Beziehungen zu Somalia und Äthiopien sind belastet, da die in Richtung Jemen verlaufenden erheblichen Wanderungsbewegungen einen neuen Zustrom an ärmster Bevölkerung darstellen, die unterstützt werden muss. Die Tatsache, dass das Land arm ist, wenig natürliche Ressourcen hat und weder im Import noch im Export bedeutende Handelsbeziehungen unterhält, macht es nicht zu einem international gefragten Partner, wenngleich die USA hier bei der Unterstützung des Demokratisierungsprozesses sehr aktiv sind und China seinen Einfluss geltend machen will, indem es direkte Wirtschaftshilfe leistet, deren Realisierung jedoch von Schwierigkeiten begleitet ist.

Die Europäische Union, und das wurde unterstrichen, ist ein bedeutender Geber und über die steigenden Bemühungen der Delegation der Kommission, die an dieser Stelle hervorgehoben werden sollen, sehr präsent. Im Mittelpunkt des mehrjährigen Richtprogramms 2007-2010 und des Dokuments für die strategische Entwicklung des Jemen 2007-2013 stehen die Armutsbekämpfung und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie die Entwicklung des privaten Sektors und der Grundsätze der guten Regierungsführung.

Wie seitens der jemenitischen Behörden zum Ausdruck gebracht wurde, erwartet man von der Union eine zusätzliche Hilfe finanzieller Natur (zumindest im Gesundheitsbereich ist diese Hilfe notwendig) aber auch technischer und politischer Art (zur Unterstützung demokratischer Entwicklungen) sowie im weiteren Sinne eine diplomatische Unterstützung.

**Schlussfolgernd** aus dieser Reise und mit Blick auf die Arbeit der Delegation in der nächsten Wahlperiode empfehlen die Mitglieder dieser Mission:

- große Aufmerksamkeit für die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage des Jemen mit seiner aufkommenden Demokratie, die gefördert werden muss, und Unterstützung für die Reformen, die das Land unternimmt, um rechtsstaatliche Strukturen zu schaffen und sein soziales Leben zu modernisieren, vor allem was die Rechte, die Rolle und die Stellung der Frauen angeht;
- Beobachtung der Verfassungs- und Wahlgesetzreform, wegen der die Parlamentswahlen um zwei Jahre verschoben wurden, auf der Grundlage der Informationen, die von der Delegation der Kommission in Sanaa zur Verfügung gestellt werden;
- Kontrolle, ob die Beihilfen der internationalen Gemeinschaft und vor allem die Hilfe, die aus dem Haushalt der Europäischen Union stammt, zur Finanzierung der Projekte verwendet werden, die unmittelbar einer möglichst großen Zahl von Menschen zugute kommen und deren Effizienz an Ort und Stelle bewertet werden kann;
- Unterstützung für die Strukturen des jemenitischen Parlaments, um dessen demokratische Funktionsweise zu verbessern und seine Effizienz zu erhöhen, wobei die Form noch festzulegen ist.

# EUROPEAN PARLIAMENT

2004



2009

---

*Delegation for relations with the Gulf States, including Yemen*

## **Bureau visit to Yemen**

**Sanaa, Hajja**  
**22 - 26 February 2009**

### **Sunday, 22 February**

*Hotel Sheba*  
*Ali Abdolmoghni Street,*  
*Sanaa, Republic of Yemen*  
*Tel. +967-1-272372*  
*Fax: +967-1-274129*

09.30 Inauguration of women's political empowerment programme (Female students voter education and awareness campaign)

Venue: Sheba Hotel

### **Monday, 23 February**

07.45 Departure from the Hotel

08.00 - 08.45 Briefing Breakfast at Chargé d'Affaire's Residence

09.00 - 09.45 Speaker of Parliament, Mr. Yahya Ali Al-Ra'ai at Parliament

10.00 - 10.45 Shoura Council, Dr. Abdul Aziz Abdul Ghani (Chairperson) and Rights/Freedoms Committee at Shoura Council

11.00 - 11.45 Minister of Human Rights, Dr. Huda Al-Ban at Ministry of Human Rights

- 12.00 - 12.45 Minister of Foreign Affairs, Dr. Abo Baker al-Qirbi  
at Ministry of Foreign Affairs
- 13.00 - 13.45 Minister of Planning and International Cooperation, Mr.  
Abdul Kareem Al-Arhabi  
at MOPIC
- 14.30 - 16.00 Briefing lunch meeting with Heads of Mission, hosted by  
the EP  
at Sheba Hotel
- 16.30 - 18.00 Round table discussion with Civil Society/Ministry of  
Human Rights on human rights, followed by light buffet  
(organized by Sharaka Yemen Programme)  
at Sheba Hotel

**Tuesday, 24 February**

- 10.00 - 11.30 Meeting with members of the Assembly of  
Representatives;  
Foreign Affairs & Rights and Freedoms Committees, incl.  
heads of parliament blocs and visit to Parliament in session  
at Parliament
- 11.30 - 12.30 Vice President, Mr. Abdal-Rab Mansur Al-Hadii  
at General People's Congress Headquarters
- 13.00 - 13.30 Prime Minister, Dr. Ali Ahmed Mujawer  
at Prime Minister's Office
- 13.30 - 15.00 lunch hosted by Yemeni Parliament  
at Police Officer's Club
- 15.00 - 16.00 meeting with Dr. Abdulqader Al-Benna, Yemen  
observatory on Human Rights  
at Sheba Hotel
- 16.30 - 18.00 Informal meeting with various Members of Parliament (Dr.  
Abdulbari al-Doghaish, GPC; Dr. Aidaroos al-Naqeeb,  
YSP; Mr. Shawqi al Qadhi, Islah; Mr. Ali Hussain Al-  
Ashwal, Islah; Mr. Sakhr al-Wajeeh, independent),  
organized and hosted by Friedrich Ebert Foundation  
at FE Stiftung

**Wednesday, 25 February**

Visit Governorate of Hajja

07.30 - 10.30	Road travel Sanaa – Hajja
10.45 - 11.15	Vice Governor of Hajja, Sheikh Fahd Qa'ed Dahshash
11.30 - 12.30	Project visit with local partner organizations of "Judicial and Cultural VAW resisting integration within rural Yemen social System Projects" project, implemented by Civic Democratic Foundation (CDF)
12.30 - 13.15	Road travel to Bani Kayes district in Hajja governorate
13.15 - 14.15	Project visit to Toor city health center, under rehabilitation by Social Fund for Development and beneficiary of the "Improve the provision of primary health care in Yemen, in the governorate of Hajja" project, implemented by Médecins du Monde
14.15 - 15.00	Lunch - Hajja city
15.30 - 18.30	Road travel Hajja – Sanaa

**Thursday, 26 February**

09.30 - 14.00	Debriefing and assistance to the Chairman for the preparation and translation of the delegation's declaration
---------------	---

# EUROPEAN PARLIAMENT

2004



2009

*Delegation for relations with the Gulf States, including Yemen*

## **Bureau visit to Yemen Sanaa, Hajja 22 - 26 February 2009**

### **LIST OF PARTICIPANTS**

#### Delegation of the EP

**Mr Tobias PFLÜGER**  
Vice-Chairman

**Mr Călin Cătălin**  
**CHIRIȚĂ**

**Mr José Manuel GARCÍA-**  
**MARGALLO Y MARFIL**

#### **Group**

GUE/NGL

PPE-DE

PPE-DE

#### **Country**

Germany

Romania

Spain

#### **Committees**

Committee on Foreign Affairs

Committee on Foreign Affairs

Committee on Economic and Monetary  
Affairs

PPE-DE  
GUE/NGL

Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats  
Confederal Group of the European United Left - Nordic Green Left

#### Secretariat of the Delegation of the European Parliament

Mr Jean Louis Berton, acting director, interparliamentary delegations

Ms Kathleen Huygen, administrative assistant

#### Interpreters (3)

Ms Evelyn Hornik (team leader)

Mr Mohammed Abbas

Mr Bassim Saleh

**Declaration by Tobias Pflüger, acting Chairman of the European Parliament Delegation for relations with the Gulf States, including Yemen, delivered after the visit by the Bureau of the Delegation<sup>1</sup>, 22 – 25 February 2009**

Whilst the European Parliament Delegation was in Yemen the ruling party, the General People's Congress (GPC) and the opposition parties represented in Parliament, finalized their discussions on the parliamentary elections scheduled for April 2009.

Given the timing of our visit, the European Parliament delegation was asked for its advice. Subsequently, an important agreement was signed by both the governing and opposition parliamentary parties of Yemen. The parties handed over the agreement to the acting chairman of the EP delegation, thus corroborating the binding character of the agreement and their commitment to its implementation.

The European Parliament Delegation for relations with the Gulf States, including Yemen would like to comment as follows on this agreement:

- 1) The EP delegation takes note of the fact that an agreement has been reached by the parliamentary parties in Yemen. Thanks to this agreement, the participation of the opposition parties represented in Parliament in the forthcoming elections now looks assured. Postponement of the Parliamentary elections became necessary to enable full participation in the elections of the opposition parties represented in Parliament.
- 2) A postponement of two years in holding the parliamentary elections is, however, a long time and will therefore be critically watched by the European Parliament delegation. Nonetheless, this agreement does at least mean that both EU and EP will now be in a position to monitor the evolution of the process.
- 3) The EP delegation welcomes the fact that the main points of the EU Observation Mission report on the 2006 Presidential election have been specifically taken into account in the agreement between the Yemeni parties; the point about proportional lists for the elections is expressly included.
- 4) The agreement also includes mention of the real need for constitutional and electoral reforms, as expressed by the EP delegation, to be undertaken within this period. The EP delegation would also like to see, as soon as possible, a blueprint for constitutional and electoral reform. Once such a blueprint has been elaborated, the EP delegation would ask the Commission to report back on a regular basis on the process of constitutional and electoral reform.
- 5) Finally, the EP delegation would like to thank all parties represented in the Yemeni Parliament for their confidence in the European Parliament in this very important process.

---

<sup>1</sup> The following MEPs took part in this delegation visit: Tobias Pflüger, Călin Cătălin Chiriță, José Manuel García Margallo y Marfil